

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 28 Mk., durch Post bezogen monatlich 29,25 Mk., bei Postbezug monatlich 32 Mk. frei Haus. Eigentümlich: täglich nachmittags. Eingetragen am 1.5.07. Verlagsort: Amt Zeitz Nr. 16 534. Geschäftsstelle: Dillstr. 4. Für unbetretene Zustellungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis: Der Spaltenpreis Millimeter Satzraum 1,50 Mk. und der Spaltenpreis Millimeter Satzraum 1,50 Mk. Die laufende Monatsrechnung wird vom Bezahler auf kleine Anzeigen bei deren Aufnahme mit 10% Rabatt bemessen. Bitterschrift 75 Bsp. Porto befreit. Anzeigenpreis für Sonntagsblätter 10 Bsp. Preisnehmer Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Vahs.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 165.

Montag, den 17. Juli 1922

162. Jahrgang.

Ein Moratorium mit Zwangsverwaltung.

Frankreich verlangt die Erklärung schuldhafter Zahlungsstokkung Deutschlands

Frankreich stellt sich auf den Standpunkt, daß ein Moratorium nur gewährt werden könnte, wenn bewiesen würde, daß Deutschland alle ihm zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel für die Reparationen aufwendet. Wenn dagegen nach der Anschauung Frankreichs bewiesen würde, daß dies nicht der Fall ist, werde die Reparationskommission das Moratorium nicht gewähren, sondern müßte die absolute Verletzung der Reichsregierung feststellen. Dann hätte sie den alliierten Regierungen die zu ergreifenden Maßnahmen vorzuschlagen. Als solche Maßnahmen stellt Verlinax im „Echo de Paris“ auf: eine Reform des Budgets, der deutschen Währung, Strafmaßnahmen und Garantien, außerdem aber müßten die Naturleistungen Deutschlands vergrößert werden. Er erklärt, daß das Moratorium in dieser Gestalt die Form einer Strafmaßnahme annehme.

Eine Besprechung mit Lord George macht Boincare angeblich davon abhängig, ob dieser französische Standpunkt in London im vorhinem anerkannt wird.

Die französische Regierung richtete an die deutsche Regierung, worin der Antrag gestellt wird, daß das revidierte Wiesbadener Abkommen vom 20. 7. durchgeführt werden soll. Der „Reit Parisien“ nimmt mit Recht an, daß dieser Zeitpunkt sich nicht wird einhalten lassen, denn es ist kaum möglich, daß die notwendigen Maßnahmen bis zu diesem Tage vermischt werden können. Aber auf französischer Seite ist man nach dem genannten Blatt entschlossen, die verlorene Zeit einzuholen. Man wünscht die 950 Millionen Goldmark in Naturalleistungen, von denen man bisher nur für 5 Millionen bar bezogen hat, im Laufe des Jahres 1922 von Deutschland einzutreiben. Während die französische Regierung weiterhin auf der Durchführung der Reparationen besteht, vertritt die deutsche einen Schritt, den sie bereits in ihrer letzten Note an die Reparationskommission angeknüpft hatte.

In einer vom deutschen Botschafter in Paris der französischen Regierung übergebenen Note wird erklärt, daß Deutschland nicht mehr in der Lage sei, die Zahlungen für das Auslandsverfahren zu leisten.

Diese Zahlungen erfordern jährlich 600 Millionen Goldmark oder 66 Milliarden Papiermark. Man hätte in Berlin schon bei Abschluß des Wiesbadener Abkommens (insofern

Reichstag beamtlich ausgesprochen) war wissen müssen, daß seine Erfüllung unmöglich war. Best gerät Deutschland durch die unmögliche Erfüllung eines erst vor kurzen eingegangenen Verpflichtung in eine sehr schwierige und peinliche Lage.

Frankreichs Absichten.

Paris, 16. Juli. Die deutsche Note wegen der Einstellung der Zahlungen kann einwirken im Verlauf nicht veröffentlicht werden, da die Veröffentlichung ausschließlich von der französischen Regierung abhängt. Deutschland will statt der bisherigen Zahlung von zwei Millionen Pfund Sterling für 1922 23 und 24 eingestellt werden. Frankreichs Absichten sind durch Stimmungen gemacht, daß das französisch-deutsche Abkommen vom Juni 1921 aufgehoben würde, wonach ein Teil der für das Auslandsverfahren bestimmten Summe durch die Liquidierung der französischen Reichsangehörigen in Deutschland verborgen wurde, seine eigenen Staatsangehörigen zu entschädigen, solange die Forderungen der Alliierten im Ausnahmeverfahren nicht erledigt sind. Endlich wird Frankreich fordern, daß das deutsche Gesetz abgeschafft wird, wonach das Deutsche Reich die Verträge erfüllt, die der Kaiser der Reichsangehörigen zu entschlüsseln, solange dieses Schulden aus der Kriegszeit zu bezahlen hat.

Von privaten Anleiheverhandlungen

wird allerlei gemunkelt. Man spricht von Verhandlungen mit Holland und von vertraulichen Aufträgen an das amerikanische Bankieramt, ob es bereit sei, auf neue zusammenzutreten. Ohne eine billige Regelung der Moratoriums- und Reparationsfrage und ohne Brechung des französischen Vermögensstillens sind alle diese Gerichte wertlos.

Wie man in London denkt.

Der „Times“ glaubt auf Grund von Mitteilungen seines Londoner Korrespondenten folgendes Programm für die Verhandlungen über die letzte deutsche Note an die Reparationskommission mitteilen zu können:

1. Etappe: Die Reparationskommission wird nach dem Studium des Berichtes des Garantienausschusses mit Zustimmung Deutschlands das verlangte Moratorium genehmigen.
2. Etappe: Nach dieser Entscheidung wird gegen Ende Juli die britische und die französische Regierung in London Beratungen über den Inhalt der letzten deutschen Note und deren ganzen Inhalt der bei ihm während des Krieges konstatierter Schulden vorbringen.
3. Etappe: Die Bankierskonferenz wird sich auf neue Zusammenkünfte, um eine Anleihe vorzubereiten.

einer der der Deutschen Volkspartei, der zweite der den Unabhängigen nahe liegt. Was den ersten betrifft, so ist die Partei bereit, den Reichsvereinspräsidenten Bräuer aufzugeben und seine Stelle durch einen Volksparteiler besetzen zu lassen. Genannt wird hierfür als Kandidat der frühere Reichsminister des Innern Scholz. Herr von Hammer hat es kluger Weise abgelehnt, das Ministerium des Auswärtigen zu übernehmen.

Umwidmung der Regierung?

In parlamentarischen Kreisen geht auch eine andere, anderen Informationen widersprechende Ansicht, daß wahrscheinlich sich die Notwendigkeit einer billigen Umwidmung der Regierung ergeben wird. Man spricht davon, daß Dr. Herms wahrscheinlich den Botschafterposten in Washington (III) erhalten soll, um damit gleichzeitig die Differenzen zwischen ihm und dem Reichsminister zu beseitigen, und daß der jetzige Botschafter in Washington, Wiedfeldt, das Ministerium des Auswärtigen erhalten soll. Als Kandidat würde für die Deutsche Volkspartei Dr. Weder die Ainaunen erhalten, während Hildebrand für das Reichsministerium genannt wird. Dieser legt jedoch Wert darauf, Reichsfinanzminister zu werden, was vom Zentrum und den Demokraten abgelehnt wird.

Aus dem Hingeleintopf des Zentrums.

Bei der letzten Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik wird, wie wir hören, der Reichstagler wieder das Wort ergreifen und verüben, die Schärfe, die er gegen den bayerischen Volksparteiler Geminger in seiner letzten Rede gebraucht, heranzumehren. Es ist nämlich das Bestreben bemerkbar, eine Verbindung mit Bayern zu erzielen. Wir hören nämlich weiter, daß innerhalb der Regierung beschlossene worden ist, das Reichsministerialgesetz erst im Herbst in Kraft treten zu lassen. Dadurch soll Bayern veranlaßt werden, dem Gesetz zum Schutze der Republik zuzustimmen.

Die heutige Lage.

Die allgemeine politische Lage hat sich in den vergangenen Tagen weiter verschlechtert. Die Woche sah keine Besserung des Dollarkurses, keine Besserung der außenpolitischen Verhältnisse, keine Besserung der inneren Lage. Alle Hoffnungen wurden zunichte, alle Aussichten vergebend. Wir haben nur einen unerbittlichen Barometer, der uns die wirklichen Witterungsverhältnisse kundtut, den Dollar. Steigt er, oder fällt er, dann sind wir orientiert. Man brauche, um eine politische Wochenchau zu schreiben eigentlich nur eine Kurstabelle zu geben. Am Montag der Dollar 518, am Dienstag 490, am Mittwoch 490, am Donnerstag 439, am Freitag 476, am Sonnabend 438 und wir haben alles gesagt, was viele Deutsche allein interessiert. Der Dollarkurs hat die vollendete Neubred der Weltmeinung über unsere Aussichten als Volk und Staat. Wir brauchten diesem Ausdruck nicht hinzufügen.

Indessen ist es eben nur ein Ausdruck der tatsächlichen Vorgänge. Die Regierung hat am Mittwoch offiziell ihre Zahlungsunfähigkeit erklären lassen. Das dieser Augenblick eintreten würde, haben wir antizipiert das Moratoriums-triumphes unserer offiziellen Presse zu Beginn dieses Jahres vorausgesehen. Wir waren zahlungsunfähig und sind es heute noch mehr als vor einem halben Jahre. In Regierungskreisen hatte man naiver Weise darauf gehofft, die Reparationskommission würde auf die Zahlung der am 15. Juli fälligen Rate verzichten. Das ist nicht der Fall. Man herfür große Enttäuschung und man tröstet sich mit der etwas mageren Betrachtung, daß die Zahlung von 32 Milliarden vielleicht auf die Schließung im Zeitraum der Moratoriumsperiode angezogen werde. Gleichfalls weist aus Paris wieder der albeimater scharfe Wind. Einen Tag lang sprach man von einem Stimmungs- und Schwung in Frankreich, einer Annäherung und Nachgiebigkeit. Damit war es nicht. Wir hören schon wieder das alte Lied, Frankreich will für das Moratorium die Aufgabe bestimmter Souveränitätsrechte. Es will das erklärt macht den Franzosen keine Sorge. Man besteht eben darauf.

In der Innenpolitik liegen die Dinge entsprechend. Das Demonstrationstheater oder die wiederholte Mobilisierung der Massen ist etwas abgeklaut. Eigentlich sollten die Demonstrationen allsobaldig solange stattfinden, bis das Gesetz zum Schutze der deutschen Republik (des Ausnahmegesetzes gegen rechts) zustande gekommen wäre. Offenbar ist man sich darüber klar geworden, daß man mit solchen Mitteln den Ausnahmecharakter des Gesetzes zu ungenügend beweisen würde, daß alle Abwegungsversuche im Reichstage das Gesetz dann nicht mehr seinen Ausnahmecharakter wahren könnten. Man schließt also die Waffe vorläufig in der Tasche. Es wird aber auf alle Fälle ein Ausnahmegesetz. Die Gründe, die man bisher dagegen vorgebracht hat, sind recht fadenförmig. Am Sonnabend lehnte der Reichspräsident Ebert wieder nach Berlin zurück. Was dahin bleiben alle endgültigen, Entscheidungen vorbehalten. Man... will offenbar Zeit gewinnen. Die wirkliche Lage kennzeichnet am besten eine Erklärung, die gegenüberlich in sein Mund fließt: „Wiederholte Versuche wurden, was auch verhoffen vom Kanzler der Reichsregierung wurden, was auch verhoffen vom Kanzler der Reichsregierung wurden, was auch verhoffen vom Kanzler der Reichsregierung wurden.“ Dieser soll seine Partei und Befürworter mit den Worten empfangen haben: „Was, nicht Euch der Dollar noch immer nicht hoch genug?“ Darauf geht er das Zimmer verlassen. Wenn es nicht wahr ist, so ist's doch gut erfunden. Unsere innenpolitische Situation wird tatsächlich von der Angst vor dem Dollarkurs beherbergt und unsere Massen lernen verstehen, daß Deutschland nicht ganz allein auf der Welt ist, und daß es noch andere Dinge gibt als Tarifverhandlungen und Streikbewegungen.

Zu diesen Fragen gehört auch das Verständnis für die wirkliche Lage in deutschen Reiche. Es ist ganz unentbehrlich, daß ein Staat wie das deutsche Reich nur nach der Ausdehnung und Auslastung der Industriearbeitskraft regiert wird. Wir haben nicht nur Arbeiterinteressen zu vertreten. In Deutschland existiert noch eine nicht ganz unbedeutende Landwirtschaft, ein zahlreiches Bauerntum. Abgesehen hiervon gibt es auch den Beruf des inländischen und internationalen Handels und die Industrie. Alle diese Berufe brauchen schließlich nur eines: Ruhe und Ordnung. Haben wir Ruhe und Ordnung im Lande, wird vieles, was wir heute nicht haben, was uns heute fehlt, ganz von selbst kommen. Wie wir denn in milderer Beziehung mit den letzten Jahren Fortschritte gemacht haben, wenn auch nicht außenpolitischer Art. Die außenpolitischen Erfolge werden erst dann eintreten, wenn die bürgerlichen Schichten der Nation bei der Lenkung der politischen Geschäfte des deutschen Reiches den Einfluß wieder erhalten, der ihnen gebührt, der aber nicht zu erreichen ist mit

Tageschronik

Frankreich sucht das Moratorium auf alle Weise zu sabotieren. Eine neue bürgerliche Arbeitsgemeinschaft in Reichstag von Stresemann bis Petzen.

Ausführung oder unverständliche Beibehaltung der gegenwärtigen Reichsregierung?

75 Millionen für den Schatz der Republik?

Verhaftung eines Meier Landesverrätters.

Die Rathenauänder entwischt.

Noch immer innere Krise.

Der Erfolg der Gewerkschaften.

Die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten und Unabhängigen ist, wie wir hören, das Werk der Gewerkschaften. Es ist aber, wie uns berichtet wird, auch auf Betreiben der Gewerkschaften nicht nur diese Arbeitsgemeinschaft zu Stande gekommen, sondern zwischen den beiden Parteien ein weiteres Abkommen getroffen worden, daß bei einer Auflösung des Reichstages bei den Wahlen gemeinsam vorgegangen werden soll durch Stimmenverbindung. Nach der Wahl aber wird mit der Besetzung der beiden Parteien gerechnet. Die Sozialdemokraten treten noch immer auf die Wahl hin, da sie hoffen, bei einer nächsten Wahllicht große Erfolge zu erlangen. Die Krise tritt im Augenblick hart hervor. Zentrum und Demokraten dagegen wehren sich noch nachzugeben und lassen die Auflösung des Reichstages ab, obwohl eine billige Einföhrung der Regierung oder etwa nur die Aufnahme der Unabhängigen in die Regierung in diesem Falle fordern sie, daß auch die Deutsche Volkspartei auf der rechten Seite berücksichtigt werden müsse. Man sieht in den Mittelparteien die Möglichkeit zu einer Verbindung nur darin, daß eine Erneuerung der Regierung durch Hinzuziehung von „Kandidaten“ erfolgt.

...n-Mittel der Mehrheitsabstimmungen und des Proporz-
wahrheits, sondern nur im Sinne der Erkenntnis der
nationalen Bedeutung eines bodenständigen städtischen und
ländlichen Bürgertums. Von dieser Erkenntnis sind wir
noch sehr weit entfernt. Das Ausland aber weiß,
daß nur dann eine Stellung von Deutschland zu erzielen ist,
wenn sie von Paris aus in bewilligt wird und nicht
von der Industriebelegschaft, die nur das Tagesinteresse
und Selbstgenuß, aber nicht die größeren Zusammenhänge
der Weltwirtschaft überblickt.

Eine neue Arbeitsgemeinschaft?

Die parlamentarische Arbeitsgemeinschaft, die zwischen
den Mehrheitspartei und den Unabgängigen geschlossen
wurde, soll, wie der „Deutsche“, das Blatt der Christlichen
Gewerkschaften, aus parlamentarischen Kreisen erwachsen,
zur Folge haben, daß zwischen der Zentrumspartei und der
Deutschen Volkspartei ebenfalls eine parlamentarische Ar-
beitsgemeinschaft zustande kommt. Es sei nicht ausge-
schlossen, daß auch die Deutsche Volkspartei und die Deutsch-
demokraten in diese Arbeitsgemeinschaft einbezogen würden.
Für den Fall einer Reichstagsauflösung werden diese
Parteien wahrscheinlich eine politische Einheitsfront
bilden.

Der „Berl. Montagshof“ zufolge haben sich die Frak-
tionsvorsitzenden der beteiligten Parteien in gemeinsamer
Besprechung für eine solche Arbeitsgemeinschaft entschieden,
und man rechne bestimmt mit der Zustimmung sämtlicher
Fraktionen von Stresemann bis Pieper.

Kabinett und Parteien.

Der „Berl. Montagshof“ berichtet: Das Kabinett
hielt Sonntag nachmittag im Reichstage eine Sitzung ab.
In dieser referierten der Reichsfinanzminister Dr. Ber-
mes und Staatssekretär Schröder über die laufenden Ver-
handlungen mit dem Garantiekomitee, das inwischen Ver-
handlungen hat, um in Paris und die bisherigen Ver-
handlungen mit dem Reichsregierung Bericht zu erstatten.
Die innerpolitische Lage war nicht Gegenstand der Kabi-
netsberatung.

Zuvor hatte der Präsident eine Besprechung mit dem
Reichspräsidenten. Alle Mutmaßungen über gewisse Ver-
änderungen, die in das Kabinett eintreten sollen, sind
nach dem neuesten Stand der Dinge wiederum verfallen.
Nach unseren Informationen wird das Innenministerium
nur dann neu besetzt werden, wenn das Kabinett umgewandelt
wird. Weiß das Kabinett in seiner Form bestehen, so wird
der Reichspräsident Dr. Wirth das Innenministerium nicht
neu besetzen, sondern dem Reichspräsidenten weiter
überlassen. Es überhört das Kabinett erweitert werden muß,
ist eine Frage, die man an zukünftiger Stelle gegen-
wärtig nicht unbedingt bejahen. Eine bestimmte Entschlei-
dung werden erst die nächsten Tage bringen können.

Stegerwald über die Frage der Neuwahlen.

Am „Deutschen“ veröffentlicht der frühere preussische
Ministerpräsident Stegerwald heute einen Artikel, in dem
er sich mit der Staatsbedingten Kraft des Sozialismus
beschäftigt. Er kommt dabei zum Schluß auf die augenblickliche
Lage zu sprechen und sagt: Die jetzige Stunde, die reif
und möglich ist, für eine starke und feste Parlamentsmehr-
heit zu Gunsten des neuen Staates, geht aufeinander wieder
unabhängig vorüber. Statt dessen schwindet man unaufhörlich
von einer Neuwahlensituation. Das Ausland aber laßt
über uns politische Ständer. Was bringt uns denn ein
Reichstagsauflösung? Sie bringt bestimmt nur ein Steigen
des Dollars. Die hungernden Volksgenossen, denen man
angeblich helfen will, treibt man mit der politischen Gien-
barkeit gerade der Verwerfung entgegen. Die Sozial-
demokraten sollen sich nicht scheuen. Eine Neuwahlensitua-
tion kann für sie zum Volksgewinn werden. Die untersten
Volksschichten sind des ewigen Parteistreiches müde. Sie
haben es satt, daß man in einer Stunde, in der uns die
Not entgegenkommt, die Regierung immer wieder nach par-
teipolitischen Doktrinen anstatt nach Staatsnotwendigkeiten
zusammenstellt.

75 Millionen für den Schutz der Republik.

Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten haben im
Reichstag einen Gesetzentwurf beantragt, durch den der
Reichsminister der Finanzen ermächtigt wird, der Reichs-
regierung für Maßnahmen zum Schutz der Republik einen
Kredit von vorläufig 75 Millionen Mark zur Verfügung
zu stellen.

Wie es heißt, soll dieser Fonds dem Reichsminister
für die öffentliche Ordnung zur Verfügung gestellt werden
zur Überwachung der Geheimorganisations. Im Gegen-
satz zu dem preussischen Kommissar für die öffentliche
Ordnung verfügt der Reichskommissar über keine etats-
mäßigen Mittel.

Der Gesetzentwurf soll noch vor den Ferien beraten
und verabschiedet werden.

Die Magdeburgerische Zeitung verboten.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, hat auf Grund
der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. Juni, Art-
ikel 3 in Verbindung mit den Paragraphen 2, 3 und 10
der Verordnung vom 26. Juni die „Magdeburgerische Zei-
tung“ auf 14 Tage, d. h. vom 15. bis einschließliche 29.
Juni, wegen eines Artikels „... nur nicht der Volkswil-
len“ in Nummer 350 verboten. Gegen das Verbot
ist sofort Beschwerde beim Minister des Innern eingereicht
worden. Herr Oberpräsident wird auch mit dieser Maßnahme
wenig Glück haben.

Der Denkmalschutz des Meier Marinierdenkmals wegen Landesverrats verweigert.

Unter dem dringenden Verbot des Landesverrats
im Zusammenhang mit den Waffenkisten auf dem Marine-
Arsenal wurde auf Anordnung des Oberpräsidenten in
Leipzig der Meier Arbeiter Heinrich Wolf verhaftet. Die
Verhaftung erfolgte, weil Wolf der Kontrollkommission der
Verbandsämter noch andere wichtige Mitteilungen gemacht
haben soll.

Preußen braucht Regierungsvorreferendare.

Für die Laufbahn der höheren Verwaltungsbeamten
sollen nach Möglichkeit weitere Kreise, insbesondere die
Schichten, aus denen bisher die Verwaltungsbeamten nicht
herangezogen sind, interessiert werden. In diesem Sinne
hat der Minister des Innern in einer Verfügung die
Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten angewiesen, wo
es besonders auf den bestehenden Mangel an Regierungs-
referendaren hinarbeitet werden. Zugleich in letzter Zeit

in weitgehendem Maße Dispense zur Annahme als Re-
gierungsvorreferendare auf diejenigen Gerichtsreferendare
erteilt worden sind, die den an die Übernahme zur all-
gemeinen Staatsverwaltung geknüpften Bedingungen nicht
völlig entsprechen, die es sich jetzt nicht gelingen, den
Gesamtbestand der Referendare auf die normale Zahl zu
bringen; bei einigen Regierungen, namentlich Frankfurt
a. O., Stuttgart und Schleswig sind die Referendarstellen
bei weitem noch nicht besetzt. Der Minister des Innern
hatte befohlen, der letzten Entscheidung einen
Appell gegen die Besetzung der besetzten Gerichtsre-
ferendare aus allen Bevölkerungsschichten sich in stärkerem
Maße als bisher um eine Übernahme in den Dienst
der allgemeinen Staatsverwaltung bewerben möchten. In
gleicher Weise sind nunmehr auch die nachgeordneten be-
hördlichen Kreise angezogen worden, weilere Kreise auf
die Laufbahn der höheren Verwaltungsbeamten aufmerk-
sam zu machen. Es wird hierbei auf die Bewährung von
Unterrichtsaufsichtlichen während der Vorbereitungen son-
darauf hingewiesen, daß jeder höhere Verwaltungsbeamte
sowohl nach der Ernennung zum Regierungsvorreferendare
nicht nur selbst befordert wird, sondern auch einen Rechtsanspruch nach
Aufgabe der Bestimmungen des Personengesetzes erlangt.
Wir sind fast überzeugt, schreibt die „Post“, daß bei
derartig loyalen Ausstellungen die Kandidaten nur so heran-
zuführen werden. Noch besser wäre freilich, man be-
achtet sie von vornherein nach Artikel 12 oder 13, dann
würden sie auch die „Arbeits- und Schlichtungs- und
Polizei berechtigt lassen, denen bisher das „Gesetz“
nicht lohnte.

Dr. Heine wird Präsident des Reichsgerichts.

Wie wir erfahren, entspricht die Nachricht, wonach der
frühere Außenminister Dr. Simons zum Reichspräsidenten
ernannt werden soll, nicht den Tatsachen. Zum
Nachfolger des verstorbenen Reichspräsidenten Dr.
Deßloch ist vielmehr der bekannte völksparteiliche Reichs-
tagsabgeordnete und frühere Reichsjustizminister Dr.
Heine in Aussicht genommen. Seine Ernennung dürfte
in den nächsten Tagen erfolgen.

Die Rathenauer über den Reichstag!

Die großangelegte Aktion der Berliner Kriminalpolizei
zur Ergreifung der flüchtigen Rathenauer ist jetzt ein-
geleitet worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß es den
Haupttendenzen gelungen ist, den Reichstag zu durchbrechen.
Die ungeheuren Kosten dieser Veranlassung sind also völlig
nuglos vergebend worden. Der Kredit der Berliner Kriminal-
polizei wird durch diesen argen Verschlag nicht gehoben
werden.

Der Reichsamt hat jetzt die Untersuchung über die
Verhinderung der Organisation „Conjur“ übernommen, die
feinerzeit von der Offiziergesellschaft Staatsanwaltschaft
aufgehoben war. Bis jetzt sind über 50 Personen in diese
Untersuchung verwickelt. Von einigen der Beschäftigten ist
Besondere beim Reichsgericht erhoben worden. Dieses hat
der Beschwerde stattgegeben und das Verfahren an das
Landgericht in München überwiesen, weil festgestellt, daß der
Sitz der Organisation „Conjur“ in München gewesen ist.
Aunang ist die Angelegenheit wiederum an das Reichs-
gericht angeführt worden.

Verhinderung des Vergabens in Deutsch-Oberfranken.

Zur Wiederherstellung der durch die Abtretung des
größten Teiles des Bergbauvertriebs an Polen um 1/4 ver-
minderten Kohlenenergie werden sowohl auf den schlesischen
als auf preussischen Kohlengruben in deutsch-oberfränkischen
Teilen von Oberfranken ein Schiedsgericht berufen.
Hat der parteiliche Schiedsgericht des oberfränkischen
Steinfolienbergbau in einer Sitzung, an welcher auch Ver-
treter des Reichsarbeitsministeriums teilnahmen, die
Errichtung einer Treuhändlers für Bergmannsleistungen be-
schlossen, welche voraussichtlich mit einem noch zu gründenden
gemeinnützigen Siedlungsunternehmen zusammen ar-
beiten wird.

Aus Stadt und Umgebung

Freiwilligbühne Merseburg.

Goethe: Phäonie auf Touris.

Die Lieberichter stimmt nicht ganz. Aber das macht fast
gar nichts. Im Schloßgarten salon, in den man umzog,
gab es um 6 Uhr abends auch noch genügend „Frei Licht“.
Und es war kein schlechter Erfolg. „Was ist das, ein
lozes Red! Einmal jammerbar! Draußen hinterm Aulwurf
wehte es doch etwas zu kühl und der Himmel tat um die
fünfte Abendstunde zu verdächtig. Da entschloß man sich,
was lieber im Schloßgarten salon zu spielen. Und siehe
da es ging ganz schön gut. In der Zwischenzeit an-
berührt, von der Unterbringung des Wasserandrangs her.
Als nun alles ruhig beizumachen war und der kommenden
Dinge harre, sprach eine Dame nicht ohne Ausdruck einen
nicht ohne Weisheit und Witz schnell verfaßten Vorwurf, der
von den Herrn erwidert sich handelte und auslief in
der Hoffnung, daß aus der Wettergott namens besser
geheim sei. Nach einer kurzweiligen Konversation teilte
sich der Vorhang und das Spiel begann.

Wenn man die Verhältnisse des Theaterens ganz
groblich in Betracht zieht, so muß auch der Verdienst
geschieden, daß in der Zeit „Theater“ gespielt wurde. Und
das will viel heißen. Das Publikum ist gewöhnlich
dem Regisseur, Dr. Cagar Groß vom Stadttheater Halle,
das das letzte Geheimnis der Regieplan, jeden Wühn-
mann jeden Stille dienbar zu machen mit den wenigen
verfügbaren scheinlichen Mitteln aus offenkundig hat. Es war
auch der beste Weg, den er einschlagen konnte, in der
Art der modernen Anbetungsstätte zu inszenieren. Rings
fließen graue Vorhänge, inmitten der Szene hand der Altar.
Es ist erstaunlich, daß die Darsteller, einander im
Spiel fremd, den Kontakt fanden. Den Weg zum Sub-
stanz fanden sie nicht, wenigstens höchst selten. Das lag
aber in der Natur der Sache, daß die Zuschauer ihnen nicht
entgegenkamen, sondern die herbeite abwartende Ein-
stimmung einnahmen, anstatt sich mit allen Sinnen der Dichtung
zu ergeben.

Elisabeth Malisch vom Stadttheater Halle spielte die
Titelrolle. In weißem, dänischem Gewand, in Spiel und
Sprache war sie einigartig, die der Goetheischen Dichtung
sehr nahe kam. Die Rolle des vom Landesherrn Altes-
burg bei die stärkste Wirkung. Wenn er auch zuweilen etwas
pathetisch wirkte, so durchlebte er doch die Dichtung. Er
war Dreis und nicht der Schauspieler Josef Strauß. In ihm
fiel ein starker Talent, das ihn sicher einmal an große
und große Bühnen führen wird. Seine Stimme war
und feiner, versteht er abzumachen, abzuheben, wenn
der Augenblick und das Spiel es erfordert. Wenn sein Bild
ins Weislose gleitet, wenn sein Bild farr in
Abgründe läuft, wenn seine Seele geföhlt vom
Wort der Dichtung, dann ergrübeln sich, daß er
den Zuschauer an die Verbundenheit und tiefen empore
zum Mitleben. Aber auch nicht jeden. Somet sind

nicht alle Menschen, daß sie dem Alttag vergessen und
großen Angs die Dichterseite sehen. — Fris Deijel vom
Stadttheater Halle gab den Phäonie. Nicht übermäßig
sondern wahr und groß. Lieber Phäonie (Ernst Bahmann
vom Friedrichstheater Dessau) und Aras (Walter Hennberg
vom Stadttheater Halle) bleibt nicht viel zu sagen. Gener-
ein König aus einem Guß, willenshart und liebenswürdig,
dieser voll gutem Betreben, mitunter doch hart den
Dilettantismus freispielen.

Die Aufführung bewies, daß man in Merseburg The-
ater spielen kann, sobald ein Mann den Namen schafft.
Der Schloßgarten salon ist durchaus geeignet. Stadttheater
Merseburg zu werden. Die Umbauten für Bühnen und
Zuschauerraum dürfen natürlich nicht gelistet werden. Vor-
läufig ist dem Verein für Deutschaunde zu danken, daß
er die Aufführung vermittelt hat. Wenn nun die Schloßgar-
ten für die Zuschauer auch nur einigermaßen theatermäßig
gemacht wären, hätte man den Nachmittags als fast voll-
kommen beziehnen können. Der Einwand, wegen des plög-
lichen Umzuges nicht rechtzeitig geort haben zu können,
steht nicht. Daß das Wetter schlecht bleibt, hätte man schon
tags vorher erkennen müssen. Das Ereignis hätte eine
bis in die Einzelheiten durchdachte Organisation gekostet.
Kg.

Der katholische Geistliche.

Der Pfarrer Weichelt ist gestern in sein Amt eingeführt
worden. Ueber die Feierlichkeit werden wir morgen be-
richten.

Der Weiserfahrböcker.

Es passieren seltsame Dinge, und eins der seltsamsten
scheint zu sein, daß sich jemand als Weiserfahrböcker
hinstellt, auftritt und es sich schließlich herausstellt, daß er
von Börsen überhört seine Übung hat. In besonders
ist einziger der Fall, den er auftritt, um sich von seinem
Partner vernehmen zu lassen.
So geschah es im „Casino“ am gestrigen Sonntag. Der
Weiserfahrböcker war ein Arbeiter, der auch mal seine
Sensation haben wollte. Es ist sehr begreiflich, daß sich
das Publikum überhört überhört, was er überhört, es das
Eintrittsgeld zurück. Die Schupo beschlagnahmte darauf die
Kasse.

Vorbereitungen für das Personal der kommunalen Krankenhäuser Mitteldeutschlands.

Am 13. 7. 22 wurden in gemeinsamer Verhandlung
zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband der Kreise
und dem Verband e. K. und den Beschäftigten der Gemeinde-
und Staatsarbeiter die Abne für das Personal der kommunalen
Krankenhäuser Mitteldeutschlands für den Monat Juli 1922
abgeschlossen. Die Lohnaufbesserung erfolgte unter An-
scheidung an die den Gemeindearbeitern für Juli gewährten
Zulagen. Dem hauswirtschaftlichen Personal, bei dem die freie
Wohnung und Beförderung berücksichtigt werden mußte, wurde
etwa 30 Prozent der entsprechenden Zulagen gewährt. Durch
die ab 1. 7. 22 geltenden Zulagen wird die Zulage für
das männliche Personal um durchschnittlich 25 Prozent,
für das weibliche Personal um durchschnittlich 20 Prozent
aufgebessert worden.

Jugendklub

am 16. Juli in Neu-Nöffen.

Die Befürchtung, daß das von Ortsausflüsse für Ju-
gendklubs in Neu-Nöffen wohl vorbereitete Jugendfest durch
Regen, dem werden könnte, wurde als sehr gering be-
gründet. Das „bischen Regen“ am Vormittage während
der Wettkämpfe wurde selbstverständlich von den Jungen und
Mädels nicht beachtet.

Nach dem Baden mit Musik und Gesang fand feils
8 Uhr in der Wälfen stunde eine Morgenfeier statt. Das
mit Blumen geschmückte so stimmungsvoll hergerichtete
Kirchlein lud die zahlreichen Jungen und Mädels kaum
und nun das Eigenartige: Alles boten die Jugendlichen
bei der Feier selbst. Die Ansprache hielt ein Student der
Theologie, auf dem Shore spielte ein Jugendlicher die
Orgel, andere Jugendlichen sangen die Hilde und Lauer. So-
pran: D daß ich tausend Jungen hätte (mit Lauerbegleitung);
2 Chöre: Gloria in excelsis und „Im Erben wandeln Monde.“
Alle waren von der Feier tief ergötzt.

Aus der Kirche ging unter Gelang und Lachen und
Geisterlust nach dem Sportplatz. Die burschlichen Kämpfe:
100-Meter Lauf, 200-Meter, 400-Meter, 800-Meter,
widelten sich glatt ab.

Die Mittagszeit sah die Jugendlichen am Zeinzeinhause
beim Abholen. Manches leeres Gesicht wurde verkehrt! Einige
schlechter hatten nun schon Meiserei sogar. Können ge-
genüber Angeordnet war, sonst nicht es zeigte sich, wie
so oft, daß die Jungen besser als die Mädels töchen können.
(1) Um 2 1/2 Uhr lagerte alles am Zeinzeinhause und lauschte
über die Vorgehensweise und das Zeinzeinhause. Begleitete
Feier, aber nicht dem Wecker.

Um 3 Uhr trat der Weiserbürger Kalpar auf, er hatte
dazu keine Mühe aufgebracht. Vor das Kalpar für die Kinder
— aber auch die Großen haben herhaft gelacht, als der
goldige Kalpar sich mit dem Krotzdi und dem Teufel herum-
schling, als zumbevorzugt die lautersten Sachen auslieferte, als
Schereffreier läßt war ihn. Nun zeigten die einzelnen
Gruppen (Weiserbürger, Weiserfahrböcker) ihre Köpfe bei den
prächtigsten Sing- und Volkstänzen. Sehr gelungen waren
besonders die rhythmischen Tänze. Staunend blüde mander
wie in ein neues Wunderland. Dann sprach Oberlehrer
Dietrich, der die Wälfen stunde nicht es zeigte sich, wie
so oft, daß die Jungen besser als die Mädels töchen können.
(1) Um 2 1/2 Uhr lagerte alles am Zeinzeinhause und lauschte
über die Vorgehensweise und das Zeinzeinhause. Begleitete
Feier, aber nicht dem Wecker.

Nach der Zeigerverteilung und Preisverteilung fan-
den die Wettkämpfe der Gruppen und einzelnen Jungen
und Mädchen statt. Das sehr viel Interesse erweckte am
viel Freude bereitzte.
Das Märchenstück von Büchstein: „Der Geisterlo-
nung, (von den Weiserfahrböckern Jungen und Mädchen an der
Wiese aufgeführt) erregte ungeheure Heiterkeit und hatte
dabei einen tiefen Sinn: Verziehung zur Mitleidigkeit
und Einsicht, weg von der Unnatur der modernen Gesell-
schaft.

Als dann zuletzt durch Ertrablat das Einsetzen eines
Jirtus gemeldet wurde und die defressierte Winde auf der
Wiese durch die dröhnigen Schläge aufführte, wolle der
Jurt sein Ende nehmen.

Mit dem Gesänge: „sein Köpfe und in die Welt sein“
wurde der Jugendbund gegen 7 Uhr geschlossen, und alle
traten den Heimweg mit fröhlichen Liedern an. Ein
Sonntag wars ohne Alkohol und andere Ausschweifung, ein
Sonntag der jugendlichen Herzen mit echter tiefer
Freude, mit fröhlichen Lebenslust, die sich nicht nur an ihrem
Teile mitzuteilen, daß Heiland geschaffen wird.

Stellungnahme des Landtages zur Getreidenlage.

Am Montag, 10. Juli, fand in Halle im Stadthaus eine Sitzung des erweiterten Ausschusses des Provinzial-Landtages...

Stellung zur Getreidenlage.

Das Referat hatte Reichsstaatsrat, Semeter, der in ausgezeichneter Weise von dem Abgeordneten und Unions-

Keiner hat sich wärmer eingesetzt für die Brotverbilligung für die wirklich bedürftigen Volksschichten...

Aus Kreis und Nachbarreisen

Die Breiträger der Stuten- und Fohlenjagd Schadebach. Der Besuch der Stuten- und Fohlenjagd war trotz des

- Klasse I, Stutfohlen geb. 1922. 1. Preis: Hera, J. u. B. Scheele, Schladebach.

- Klasse II, Stutfohlen geb. 1922. 1. Preis: Bestatin, Gebr. Gürlich, Schladebach.

- Klasse III, Stutfohlen geb. 1921. 1. Preis: Urfel, J. u. B. Schmidt, Kauern.

- Klasse IV, Stutfohlen geb. 1921. 1. Preis: Ulfant, J. u. B. D. Schirmer, Schladebach.

- Klasse V, Stutfohlen geb. 1920. 1. Preis: Traude, J. u. B. Scheele, Schladebach.

- Klasse VI, Stutfohlen geb. 1919. 1. Preis: Zuchsen, J. u. B. D. Sad, Alttranstädt.

- Klasse VII, Fährige und ältere Stuten. 1a. Preis: Magie, B. Scheele, Schladebach.

- Klasse VIII. 1. Preis: Eirene, J. u. B. Adel, Döbertau.

- Klasse IX. 1. Preis: Eirene, J. u. B. Adel, Döbertau.

- Klasse X. 1. Preis: Eirene, J. u. B. Adel, Döbertau.

Den Ehrenpreis der Jungfernkunst für das beste der Schau erhielt Katalog Nummer 2 von E. v. Schadebach, J. u. B. D. Scheele, Schladebach.

Letzte Depeschen

Deutschland und der Völkerring.

London, 17. Juli. Auf der Tagesordnung der am heutigen Montag unter dem Vorsitz des britischen Bot-

Die Einigung mit dem Garantiekomitee.

Berlin, 17. Juli. Man verheißt amtlich, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen Regierung

Berlin, 17. Juli. Wie verlautet, beabsichtigt die Reichsleitung den früheren Minister des Auswärtigen Dr. Walther

Der heutige Dollarkurs.

Berlin, 1. Juli. (H. G. Drahtber.) Der Dollar notierte heute mittags 12 Uhr 448, um 1/2 Uhr 445.

Die Friedenshandlungen in Paris.

Paris, 17. Juli. Gestern abend veranfaßten die Sozialisten eine Kundgebung für den Frieden.

Was in Rom!

Rom, 17. Juli. Der schäbliche Parteitag der Unabhängigen nahm eine Entschliessung an, in der es u. a. heißt:

Kein Farbeneinsatz verboten in den Verein. Staaten.

Newport, 17. Juli. Der Senat verwarf das Gesetz über das Verbot der Einfuhr von Farbstoffen.

Aus Provinz und Reich

Einbruch in die Bismarcksche Familienruhm. Etzold, 15. Juli. In der Nacht zum Sonnabend brachen

Paris, 17. Juli. (H. G. Drahtber.) Das Flugzeug, das den Postdienst Strasbourg-Paris versieht, ist gestern bei

Turnen, Spiel und Sport

Die Saalekreisläufer auf 16 Vereine erhöht! Aufgeregter Kreisläufer-Ausschuss in Halle.

Was man auf dem Kreisfest vor acht Wochen nicht erreicht, wurde gestern zur Aufgabe: Durch dreierlei Mehrheitsbeschluß des a. o. Kreisrates wurde die Saalekreisläufer

Der Wert Der Mark im Auslande. Für 100 Mark wurden gezahlt:

Table with columns: City, Mark value, Gold value, Silver value, Unit. Includes Amsterdam, Copenhagen, Stockholm, Wien, Prag, London, New-York, Paris, Rom.

sind Grepitz, 99 Merseburg, Olmütz und Zangerhausen) schen famos zur Liga auf; sollte der Reichsbürgerversam-

Als positives Ergebnis stellen wir fest: Die Saalekreisläufer besteht aus 16 Vereinen, in 2 Gruppen teilt. Die 16 Vereine sind: Sportverein 98-Halle, Wader, Borussia,

Leichtathletische Saalegymnastikvereine. 2. Meisterschaften bisher durch den D.S.B. 99 in Merseburg!

Von unserem nach Halle entsandten Berichterstatter. Der Saalegymnastik-Ausschuss hatte mit seiner geistigen

Das am Start erschienene Leichtathletenfeld war nicht allzu groß, aber erlebte es harte Überharpung nur 8

Merseburg war durch 26 Leichtathleten des Sportvereins 99 und deren 15 vom S. V. vertreten. Infolge

100 Meter-Lauf: 2. Schlüter (99); 3. Meißner (99).

1500 Meter-Lauf: 1. Wipisch (99); 2. Grahmann (99); 3. W. Roth (S. f. L. M.).

400 Meter-Lauf: 1. Kamm (99); 2. Meißner (99).

800 Meter-Lauf: 1. Wipisch (99); 5. G. Webber (99); 6. B. Vollraich (99).

Angelhaken f. Damen: 2. Fräulein Wiedmann (99); 4. Fr. Horn (S. f. L. M.).

Angelhaken: 4. Sedwiz (S. f. L. M.); 6. Herrmann (99).

Table with columns: City, Mark value, Gold value, Silver value, Unit. Includes Zürich, Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm, Wien, Prag, London, New-York, Paris, Rom.

Verantwortliche Redaktion: Polit. örtl. und prov. Zeitg. u. Anz. - Sport: M. Hochheimer. Anzeigen: A. Rang. - Druck und Verlag: Meißner'scher Druck- und Verlagsanstalt S. Halle, Amtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

Der Sohn des Millionärs.

Roman von Florence Warden
(Nachdruck verboten)

Auf Magdalenaens Bitte unternahm sie es, Andia Abbringen unter dem Vorwand, ihr neu gefundene Noten zu zeigen, von dem Freiherrn zu entfernen, so daß Magda Gelegenheit gegeben war, ihren Vater zu sprechen.

„Papa,“ sagte sie weich und zärtlich, sich zu seinen Füßen auf einen Stuhl niederlassend, wie sie es als Kind getan hatte, „ich will dich um etwas bitten.“

Johannes Rominger aber zeigte ihr nichtigsten Worten alle Antwort auf eine Bitte ein kaltes und ablehnendes Gesicht.

„Wenn es etwas ist, was ich tun kann —“ entgegnete er kurz, und die Worte sagten deutlich: „Ich weiß schon, was du willst, und ich werde es unter keinen Umständen tun.“

„Ich möchte, daß du mich mitnimmst, wenn du die Kommode nach Deutschland begleitest.“

Die Antwort kam ohne Zögern. Und sie zeigte Magda, wie rasch Andia Abbringen sich in der Gasse des Freiherrn auszuweichen verstanden hatte.

„Es tut mir leid — aber es ist nicht möglich,“ sagte er kurz. „Die Kommode verläßt morgen sehr früh zu fahren und auf dem raschesten Wege nach Berlin zu reisen. Wir werden uns nirgendwo aufhalten. Du weißt, daß du diese Art des Reisens nicht verträgst; du wirst also noch hierbleiben müssen. Oder aber — wenn du durchaus nach Berlin willst — mußt du mit deiner Jose fahren.“

Die Tränen ließen ihr in die Augen. So kalt und schmerzhaft hatte er kaum jemals mit ihr gesprochen. Er nichtigste wohl ihre Bitte, dem Einfluß der Kommode entgegenzutreten.

Sie schwiegen beide, und dann erhob sich der Freiherr, um sich zu entfernen. Aber sie wollte ihn nicht so gehen lassen. Sie nahm seine Hand und hielt sie fest; und er vermochte diese armen, strahlenden Finger nicht abzuschütteln. So legte er sich wieder nieder, aber es hatte nicht den Anschein, als wäre er geneigt, ihr in irgendeinem Punkte nachzugeben.

„Wenn ich denn hierbleiben muß — müßt du mir doch wenigstens etwas versprechen?“

„Über sie ließ nicht nach, mit Blicken und mit Worten zu betteln und zu flehen.“

„Höre doch erst! — Ich verlange ja nicht viel — und nichts, was du mir nicht früher gern zugestanden hättest. Ich will nur, daß du mir versprichst!“ — und sie hob sich auf die Knie, ihm dicht in die Augen sehend — „meinen Bruder wiederzusehen, wenn du nach Berlin kommst.“

„Ich denke nicht daran,“ erwiderte er beinahe heftig. „Sie ließ ihn nicht — sie umfarnierte seine Hand und sagte schmeichelnd, überredend:“

„Papa, ich will ja nicht, daß du ihm verzeihst — wenigstens will ich nicht, daß du mir etwas Derartiges versprichst. Ich weiß, daß er larecht gelan hat — großes Ansehen. Er hat dich geliebt — nicht nur mit seiner Heirat, sondern auch mit seinen heimlichen Ausflügen nach Monte Carlo.“

„Ich sehe es ein, und ich bin selbst zornig auf ihn — auf seine Kurzsichtigkeit und Torheit.“

„Aber — ihr Frauen seid viel zu weich und viel zu wenig fest, um wirklich zürnen zu können. Ihr seht, er braucht mich nur zu sehen, nur ein paar Worte zu sprechen, um seinen alten Platz wieder einzunehmen — den er in Wahrheit niemals wieder einnehmen wird.“

„Nein, nein! — Habe ich denn das gesagt? Ich will ja nur, daß du ihn siehst, damit du ihm sagen kannst, Bruder zu haben, der sich so verhält.“

„Du sprichst, um ihr das selbe zu sagen, ihr zu sagen, daß es sehr unanständig war, mich zu täuschen, die sie so lieb hatte, und daß ich ihr so wenig jemals vergeben werde, wie du meinem Bruder vergeben wirst.“

„Nun — müßt du das für mich tun? Oder müß ich selbst die weite Reise nach Deutschland machen, es ihr zu sagen?“

Der Freiherr lachte. „Glaubst du wirklich, Kind, daß ich deine Gedanken nicht errate? Doch ich nicht weiß, was du hoffst? Du meinst, ich brauche Eberhard nur wiederzusehen, um ihm zu verzeihen.“

„O — ich halte dich nicht für so weich und so gütig,“ sagte Magda in ihrem Entz. „Wenn du es wärest, lästest du nicht das Herz gelobt, meinem Bruder fortzugeben.“

Johannes Rominger suchte ein wenig zusammen und so seine Hand nun doch aus der seiner Tochter, ohne daß

er ihr daran hinderte. Aber sie verharrete in der nämlichen Stellung, als er ein paar mal im Zimmer auf und ab ging. Schließlich blieb er vor ihr stehen, schob die Hände in die Taschen und sagte mit Mühe:

„Du müßtest Eberhard nicht wiederzusehen. Aber ich verstehe, daß ich diese raffinierte kleine Person, die ihn zu seinen Dummheiten verführt hat, gern einmal getroffen hätte, ihr meine Meinung gründlich zu sagen.“

Magda schweigend Augenblick. Dann sagte sie: „Ja — das ist auch der wichtigere Teil meiner Bitte. Wenn du sie siehst, so sage ihr nur, was du denkst — ist das selbe, was ich denke.“

Der Freiherr sah auf sie nieder. „Du fürchtest du weißt nicht, was du über sie herabschmeißt,“ sagte er. „Ich kann dir versichern, daß meine Worte nicht auf die Goldwaage legen werde, wenn ich ihr gegenüberstehe.“

„Sie verdient nicht, daß du sie schonst. Sie ist eine falsche kleine Kage, der man gern einmal die Wahrheit sagen darf,“ erwiderte Magdalena mit gut geübter Entschlossenheit.

Johannes Rominger erwiderte nichts. Und nach einer Pause fragte Magda noch einmal: „Wirst du mir also versprechen, sie aufzusuchen, Papa, und ihr das alles zu sagen?“

„Ja. Ich tue es vielleicht,“ erklärte der Freiherr hart wider Willen.

„Ich danke dir.“

Sie hatte sich bemüht, in aufsehender Ruhe und Gleichgültigkeit zu sagen. Aber sie mußte den Kopf hängen, um das feurige Gesicht ihrer Augen zu verbergen.

Der Millionär durchschaute sie wohl, aber er war entschlossen, ihren Plan zu durchkreuzen, in dem er ihre Bitte ganz wörtlich nahm und erfüllte. Er wollte tun, was sie verlangte — er wollte mit dem Weibe seines Sohnes sprechen und ihr sagen, wie er von ihr und ihrem Treiben dachte.

Nach darüber wollte er sich Bewußtsein verschaffen: ob sie wirklich schon bindend verpflichtet waren, aber ob es vielleicht noch eine Möglichkeit gab, die Ehe zu hinterlassen. Eberhard hatte ihn darüber in Unklarheit gelassen; und er mußte es vermeiden, Dabei harmlos zu befragen.

(Fortsetzung folgt.)

Nachruf.

Ganz unerwartet und deshalb so tief erschütternd hat uns die Nachricht von dem Ableben des Herrn

Amtmann Hermann Schneider

Rittergut Witzschersdorf

getroffen, der als Mitbegründer unseres Vereins sich um die Entwicklung unseres Unternehmens in seiner Eigenschaft als I. Vorsitzender vom Gründungstage ab die größten Verdienste erworben hat. Durch sein gerechtes Handeln als Folge seiner reichen Erfahrungen und seine frische Verhandlungsart hat er uns viele Freunde erworben und erhalten. Der Name des Vereinigen wird in unserem Verein unauflöslich bleiben. Wir beklagen den schweren Verlust in tiefer Dankbarkeit und inniger Verehrung über das Grab hinaus.

Der Pferdeversicherungsverein Rötzdau.

Der Gesamt-Vorstand.

Kirchliche Nachrichten.

Dom. Getauft: Der Sekundarschüler G. Eppner und Frau Marie geb. Wipold.

Stadt. Getauft: Helene, Tochter des Polizeiwachmeisters Jörg: Frau, Gode's Kaufmann Spillner, Margit, Tochter des Mechanikers Johannes; Jung, Tochter des Anzeigenleiters Comm: Adelheid, Tochter des Rangierarbeiters Klitzke. Getauft: Der Vierfahrer G. A. Bötzsch mit Frau S. E. geb. Petrik.

Attenburg. Getauft: Johanna, Tochter des Lehrers Kratzig. Getauft: Der Vater Otto Bauer mit Frau Hedwig geb. Gerling; der Reiter Bruno Seite mit Frau Irma geb. Müller. Beerdigt: Die Schülerin Elisabeth Stephan

Familien-Nachrichten.

Geboren: Hans, Johannes, Sohn des Bauers, Naumburg.

Verlobt: Friede, Magdalen, Tochter des Polizeiwachmeisters Jörg: Frau, Gode's Kaufmann Spillner, Margit, Tochter des Mechanikers Johannes; Jung, Tochter des Anzeigenleiters Comm: Adelheid, Tochter des Rangierarbeiters Klitzke. Getauft: Der Vierfahrer G. A. Bötzsch mit Frau S. E. geb. Petrik.

Attenburg. Getauft: Johanna, Tochter des Lehrers Kratzig. Getauft: Der Vater Otto Bauer mit Frau Hedwig geb. Gerling; der Reiter Bruno Seite mit Frau Irma geb. Müller. Beerdigt: Die Schülerin Elisabeth Stephan

Bekanntmachung.

Vom 23. Juli 1922 an tritt eine Erhöhung der Fahrpreise für Eingelassen auf sämtlichen Nebenbahnlinien ein.

Die neuen Preise sind an den Hauptstationen und in den Wagon veröffentlicht.

Merseburger Nebenbahnlinien Aktiengesellschaft.

Die diesjährige Obmannung meiner Neppelantlage soll gegen sofortige Barzahlung verpackt werden.

Nur schriftliche Angebote bis zum 24. Juli.

v. Boje, Ober-Frankleben.

Freiwillige Auktion!

Am Mittwoch, den 19. Juli d. J., vorm. 10 Uhr verleihe ich im Saalbau „Zur Frankenburg“ hier öffentlich meistbietend gegen Bar unter anderem: Rote und grüne Tischgarnituren (je Sofa 2 Sessel), Ausbaum-Weiderichrank, ander. Weiderichrank, Steg- und ovales Tisch, Stühle, Kommode, fünf neuen Esstisch, 1 Nähmaschine, Eisenmaschine, sehr gute Geschäfte mit Messern, Federbetten, große Waschtische, Tisch, Kinderstuhl, and. Metallgegenstände, Kleiderkasten, Stühle.

Albert Franke, beid. Auktionator.

2 Stück belg. fünfjährige gedackte, ins Hutholz eingerastete Stuten oder auch Wallache, von 6 Stück die Wohl, habe zu verkaufen.

Gwald Fleischhauer, Lützen.

Reines BENZIN

Marke Dapolin

in wesentlich verbesserter Qualität zu Originalpreisen

Höchste Nutzleistung!
Kein Ersatzgemisch, daher größte Haltbarkeit der teuren Motoren!

Herm. Emanuel, Merseburg a. S., Gotthardstr. 31
G. Engel Söhne, Merseburg a. S., Weidenfelsenstr. 7

Benzin-Depot der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft.

Neu neuer Ernte

liefern insgesamt nach jeder Bahnstation billig

Stadtmeier & Eggert, Magdeburg
Auguststr. 41. Telef. 3932
Telegraphische Anstalt Vöndhandel

Bei dem Tischlermeister G. Malpricht, Güterstraße, steht ein

Wiedermeier-Damenzimmer

sehr gut erhalten, zum Preise von 100.000 Mark zum Verkauf. Außerdem einige Ebenholz-Möbel.

Merseburg, den 17. Juli 1922

Sihag.

C. A. KLEMM

Leipzig I. Fernspr. 20% Neumarkt 26

Flügel
Pianos Musikalien Pianinos
Harmoniums Harmoniums
Grammophone Schallplatten

Reparaturen
Klavier-Notenrollen für 65er u. 8er Apparat

!!! Commerzproffen!!! verschwinden!!!

Auf welche einfache Weise tritt Lebensgenossen unentgeltlich mit Frau Elisabeth Fruchl, Hannover A 332, Schlichtweg 238.

kleinkunst-Kühne

Neues Schulbuchhaus
Sommer- und Winter-Verkauf
Das große Fest-Programm.
Günstigste Einkaufspreise
Klein- und Großhandel

Leipzig I. 292
Direktion: H. Eisenberger.

Familien-Druckfache

für jeden Zweck

Buchdruckerei
des
Merseburger
Vogelblatts.

Bierdruckapparat

mit sämtl. Zubehö,
Tische, Stühle,
Billard m. Zubehö,
Nußbaum-Piano
verkauft billig

Friedrich Peitke,
Halle a. S., Geiße 25.

Schiff, komplett 3500.—
Speise, kompl. mit prima
Gobelinstühlen 3500.—
Herren-, desgl. 3500.—
Stühle 650.—

Möbelheim Leipzig,
Königsplatz 22.
Verhand nach all. Stationen

1 bis 2 Zimmer

mobliert
oder unmobliert
sol. zu mieten. Angebots
unt. „Hofnungsvoll“
a. d. Geschäftsstelle
erbeten.

1 oder 2 möbl. Zimmer

in besserem Hause von
Kaufmann sofort oder zum
1. 8. d. J. Preis 7000
oder 8000. Angebots
unt. 261/21 an die Geschäfts-
stelle

Zwei möblierte
Zimmer
m. Schloßgegenstand ge-
kauft. u. Z. Z. 11
die Exped. d. Blattes.

Wenden Sie sich gegen preiswerte und solide

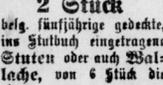
MÖBEL

an O. Scholz Ww., Merseburg
Gotthardstr. 34. — Telefon 458.

Zahle

für geschämtes Damenhaar
bis 120 Mk. (ohne grat
Dunkle Farben besonders höher).

Alfred Kluge, Freixen,
Merseburg, Bahnhofsstraße 8.



Wohl, habe zu verkaufen.

Beilage zu Nr. 165 des Merseburger Tageblattes

Montag, den 17. Juli 1922

Deutscher Reichstag

Berlin, 15. Juli.

In allen drei Lesungen angenommen. Das Gesetz über die Ersatzpflicht für die beschädigten Reichsbanknoten das Gesetz über die Metallreserven der Privatnotenbanken und der Antrag der Sozialdemokratischen Abgeordneten Deutsche Beamtenbund wäre mit dem Gesetz einverleunden, welches die wochinordneten Rechte der Beamten und die Verfassung berührt.

Abg. Steinloß (Soz.) widerspricht dem. Nach heute würde der republikanische Beamte von monarchistisch gesinnten Vorgesetzten in der bestimmten Weise verfolgt. Abg. Eichhorn (Komm.): Der Gesetzentwurf geht nicht weit genug. Die reaktionären Beamten müßten durch wirklich zuverlässige Republikaner ersetzt werden. In der Einzelberatung wird im Paragraph 10a aus dem neuen Absatz des Ausschusses auf Antrag des Zentrums die Bestimmung getrichen, daß den Reichsbeamten auch die Verdrängung einer früheren republikanischen Regierung verboten ist. Am übrigen werden Ausschlußbeschlüsse angenommen, ebenso mit schwacher Mehrheit die Entschließungen des Ausschusses.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz. Nach den Ausschlußbeschlüssen wird der 10prozentige Steuerfuß auf ein Jahreseinkommen bis 100 000 Mark ausgedehnt. Der Gehalt- und Lohnempfänger werden abgerechnet: je 40 Mark für Mann und Frau, 80 Mark für jedes Kind und 90 Mark für Wohnungskosten. In der Aussprache äußerte der thüringische Finanzminister Hartmann starke Bedenken gegen die Vorlage. So weitgehende Steuervorlagen bedürften der vorherigen Verhandlung mit den Ländern. Die Beschlüsse des Ausschusses wurden angenommen. Man tritt dann in die zweite Beratung der Novelle zum Erbschaftsteuergesetz ein. Im Verlauf der Debatte wurde bei einer Abstimmung um 9 Uhr die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt.

Montag 1 Uhr: Vorlage der Presse, Reichskriminalpolizei- und Steuerordnungen.

Reichsminister des Innern Dr. Koerber: Das Gesetz reicht nicht entfernt an die Maßnahmen der alten Regierung heran, aber die republikanischen Beamten dürfen im Dienst nicht gegen die Republik arbeiten. Das Gesetz ist eine klare Interpretation dessen, was das Reichsdisziplinargericht als Pflicht des Beamten festgesetzt hat.

Abg. Dr. Levy (NSD.): Das Gesetz legt nur ausdrücklich die Pflicht fest, die jeder Beamte auf Grund seiner Beamtenstellung dem Staate gegenüber zu erfüllen hat. Weder beantragt Wiedererrichtung des Reichsdisziplinargerichts in das Gesetz.

Abg. Dr. Haas (Dem.): Das Gesetz richtet sich nicht gegen die Beamten, die in der Reichsdisziplinarordnung sind. Das Wesen der Demokratie besteht in erster Linie nicht in der Freiheit, sondern in der Pflichtenfüllung. Einzelne Beamte haben in ihrer monarchistischen Bestimmung eine Haltung eingenommen, die mit dem Staatswohl nicht verträglich ist.

Abg. Dr. Weermann (Bayerische Vp.) protestiert dagegen, daß die Beamtenverbände zu der Vorlage nicht gehört worden seien. Nur der sozialdemokratische Allgemeine Deutsche Beamtenbund wäre mit dem Gesetz einverleunden, welches die wochinordneten Rechte der Beamten und die Verfassung berührt.

Abg. Steinloß (Soz.) widerspricht dem. Nach heute würde der republikanische Beamte von monarchistisch gesinnten Vorgesetzten in der bestimmten Weise verfolgt. Abg. Eichhorn (Komm.): Der Gesetzentwurf geht nicht weit genug. Die reaktionären Beamten müßten durch wirklich zuverlässige Republikaner ersetzt werden.

In der Einzelberatung wird im Paragraph 10a aus dem neuen Absatz des Ausschusses auf Antrag des Zentrums die Bestimmung getrichen, daß den Reichsbeamten auch die Verdrängung einer früheren republikanischen Regierung verboten ist. Am übrigen werden Ausschlußbeschlüsse angenommen, ebenso mit schwacher Mehrheit die Entschließungen des Ausschusses.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz.

Nach den Ausschlußbeschlüssen wird der 10prozentige Steuerfuß auf ein Jahreseinkommen bis 100 000 Mark ausgedehnt. Der Gehalt- und Lohnempfänger werden abgerechnet: je 40 Mark für Mann und Frau, 80 Mark für jedes Kind und 90 Mark für Wohnungskosten. In der Aussprache äußerte der thüringische Finanzminister Hartmann starke Bedenken gegen die Vorlage. So weitgehende Steuervorlagen bedürften der vorherigen Verhandlung mit den Ländern. Die Beschlüsse des Ausschusses wurden angenommen. Man tritt dann in die zweite Beratung der Novelle zum Erbschaftsteuergesetz ein. Im Verlauf der Debatte wurde bei einer Abstimmung um 9 Uhr die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt.

Montag 1 Uhr: Vorlage der Presse, Reichskriminalpolizei- und Steuerordnungen.

Die Sonntagsarbeit des Reichsansehens.

Der Rechtsausschuß des Reichstages setzte in seiner Sonntagssitzung die Beratung des Gesetzentwurfes über die Errichtung eines Reichskriminalpolizeiamtes und von Landesbestimmungsbehörden fort und der Ausschuß trat in die Einzelberatung ein. Nach lebhafter Diskussion wird der § 1 in folgender Fassung angenommen: Zur Verhütung und Bekämpfung von Verbrechen, deren Bekämpfung nicht auf bestimmte Orte oder Landesstellen beschränkt bleibt, wird ein Reichskriminalpolizeiamt errichtet. Es hat seinen Sitz in Berlin und wird dem Reichsminister des Innern unterstellt. Der Ausdruck Reichskriminalpolizeiamt soll überall durch Reichskriminalpolizei ersetzt werden. Ein Antrag, daß die Ernennung des Vorstandes der Zustimmung des Reichspräsidenten bedarf, wurde abgelehnt. § 2 (Errichtung von Landesbestimmungsbehörden) wurde unangetastet angenommen. — § 3 wurde nach

längerer Debatte in der Fassung der Vorlage mit einer nur redaktionellen Streichung angenommen, ebenso die §§ 4 und 5. — § 6 will für die einheitliche Geschäftsführung der Landesbestimmungsbehörden sorgen. Nach längerer Debatte wurde der erste Satz des § 6 in der redaktionellen Fassung des Antrages Emminger angenommen und lautet nunmehr: „Das Reichskriminalpolizeiamt stellt Richtlinien für die einheitliche Geschäftsführung der Landesbestimmungsbehörden und für entsprechende Ausbildung der Beamten auf.“ Im übrigen wurde der § nach der Regierungsvorlage angenommen. — Es folgte § 7, welcher die Reichsregierung regelt. Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wurde die Regierungsvorlage angenommen. Getrichen wurde aber die Bestimmung, nach welcher mit Zustimmung des Reichspräsidenten die Befugnisse des Reichskriminalpolizeiamtes des Reichskriminalpolizeiamtes mit ausländischen Behörden wurde auf Antrag des Reichspräsidenten geändert, daß das Reichskriminalpolizeiamt den Verkehr mit ausländischen Behörden ausschließlich übernehmen kann, wenn es für die zweckmäßige Durchführung erforderlich erscheint. Für die Kostenfrage liegen zwei Anträge vor: Die Regierungsvorlage will die Kosten der Landesbestimmungsbehörden nach festen Sätzen (50 Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung) festlegen, während der Ausschuß des Reichspräsidenten sie zu gleichen Teilen auf das Reich und die Länder verteilen will. Der Ausschuß schloß sich dem Beschlusse des Reichspräsidenten an mit der Maßgabe, daß das Reich ein Drittel, die Länder zwei Drittel tragen sollen. Damit ist die zweite Lesung im Ausschusse beendet. Die Mehrheit des Gesetzes wurde in „Reichskriminalpolizeigesetz“ geändert.

Das kommende Arbeitsgerichtsgesetz.

Im Reichsarbeitsministerium wurde der Entwurf zu einem Arbeitsgerichtsgesetz fertiggestellt und nunmehr dem Reichstag zur Begutachtung, Zerstreuung und Genehmigung übergeben. Dieser Gesetzentwurf sieht die Schaffung einheitlicher Arbeitsgerichte vor, in welche die jetzt bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte umgewandelt werden sollen, um sodann unter erheblicher Erweiterung ihrer Zuständigkeit den oberinstanzlichen Gerichten angegliedert zu werden. Im Jahre 1890 wurden die Gewerbegerichte im Jahre 1904 die Kaufmannsgerichte ins Leben gerufen. Beide Einrichtungen hatten zunächst mit dem Widerstand und Mißtrauen aus Arbeitgeber- wie auch Arbeitnehmerkreisen gleichermaßen zu kämpfen. Verhältnismäßig bald jedoch bürgerte sich diese Art billiger Sachrechtsprechung durch Sondergerichte bei beiden Parteien ein und ließ jegliche Beschwerden aneinander reiflos verstummen. Auch die Befürchtung einer starken Vermehrung der Klagen in Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses hat sich in der Praxis als grundlos erwiesen. Als beachtenswerter Beweis für die als unparteilich allgemein anerkannte Art dieser Rechtsprechung darf schon die Tatsache gelten, daß gegen



kaum 8% der berufsfähigen Urteile die ordentlichen Gerichte als Berufungsinstanz angenommen worden sind. Wenn diese maßgebendsten Rechtsinstanzen jetzt zu einem einheitlichen Gange verschmolzen werden sollen, so hat dies seinen Grund vor allem darin, daß die bisher übliche organisatorische Abtrennung der Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichte von der ordentlichen Rechtsprechung bereits seit längerer Zeit als Mangel empfunden wurde. Der neue Gesetzentwurf sieht nun hier eine grundlegende Aenderung vor, indem er, wie bemerkt, die Angliederung dieser Sondergerichte an die ordentlichen Gerichte in Gestalt von Arbeitsgerichten zur Durchführung kommen lassen will, eine Forderung, die nicht nur in Italien, sondern auch in Sozialpolitikerkreisen (dort u. a. von dem verstorbenen Prof. Franke) tatkräftig vertreten wurde. Bei dieser Umwandlung wird der Kreis der Wirksamkeit dieser Sondergerichte einerseits durch Ueberlassung des Einigungsamtes an die speziellen Schlichtungsämter nicht unerheblich eingeschränkt; andererseits jedoch ausgedehnt, indem auch das gesamte Berufungsverfahren in den Rahmen ihrer Tätigkeit fallen soll. Im Entwurf ist nämlich gleichzeitig die Schaffung von ähnlich zusammengesetzten Landesarbeitsgerichten und einem Reichsarbeitsgericht vorgesehen. Für jeden Anhänger der Rechtsprechungsreform wird dieser Ausbau des Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichtes in der neuerlichen Form von Arbeitsgerichten zweifellos einen Fortschritt bedeuten. Darüber hinaus muß noch betont werden, daß die Schaffung derartiger Arbeitsgerichte, durch welche die Mitwirkung entsprechend vorgebildeter Laien im Rahmen der gesamten Rechtsprechung in Streitigkeiten des Arbeitsverhältnisses gewährleistet und die Sonderheit des Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichtes aufgehoben wird, eine weitgehende Beachtung sowohl für die Arbeitsgerichte selbst, wie für die anderen Gerichte zu zeitigen verpflichtet und daher nur zu begrüßen ist. Die grundlegende Umwandlung dürfte auch dazu beitragen, die seitige Klassen- und Berufsgruppenunterschiedlichkeit der Rechtsprechung dieser Kategorie auszuheben und bei allen Urteilsprüfungen einzig und allein das sachliche Rechtsgut zum Ausdruck kommen zu lassen. Der hin und wieder auftretende absurde Gedanke, beispielsweise Streitigkeiten in der Metallindustrie ausschließlich durch Bergleute aus dieser, im Holzgewerbe nur durch Bergleute aus dem Holzgewerbe beurteilen zu lassen, wird durch die in Vorbereitung befindliche Umschaffung erwerbslosgegenstandlos gemacht. Das Prognostikon für dieselbe ist daher ein gutes. Es wäre zu wünschen, daß den Vorschlägen für diese großartig gedachte Umwandlung auch im Reich der Volksvertreter das tiefgehende Interesse entgegengebracht wird, das zu finden sie zweifellos verdienen. W. B.

Die Abnahme des Welthandels.

Der Weltverkehr in Waren hat nach dem Siege einen nennenswerten Aufschwung empfindend der Friedenszeit nicht erlebt. Im Gegenteil, die Abnahme des Welthandels hat von 1920 auf 1921 noch Fortschritte gemacht. Von C. P. Martin, dem Statistiker der National City Bank in New York, wird diese Abnahme auf rund 1/2 des Gesamthandels berechnet. C. P. Martin führt hier dabei auf amtliche Berichte aus den 25 hauptsächlichsten Handelsländern der Erde. — Europa ohne Deutschland, das alle Amerikareich-Ingarn und alles, was östlich davon liegt. Von diesen bezeichnet er die europäischen Staaten, Japan und zum

größten Teil die Vereinigten Staaten als Industrieländer, die übrigen als Erzeuger von Roh- und Nahrungsmitteln. Alle zusammen betreiben vor dem Kriege zwei Drittel des gesamten Welthandels, so daß man aus dem Gesamtwerte ihrer Ein- und Ausfuhr von 79 Milliarden im Jahre 1920 und 52 Milliarden Dollar für 1921 auf einen Gesamtwelt-handel von 118 Milliarden Dollar im Jahre 1920 und 79 Milliarden im Jahre 1921 schließen kann. Der Rückgang des Jahres 1921 hat die Fertigerwaren härter getroffen, nämlich mit 50 Prozent, als die Rohstoffe mit 47 Prozent; für Großbritannien ist der Unterschied härter, da sind es 48 Prozent und 27 Prozent. Am härtesten ist der Unterschied in der Ausfuhr. Länder mit Warenexport haben einen viel härteren Ausfall, als solche mit landwirtschaftlicher Ausfuhr, deren Rückgang durchschnittlich 20 Prozent beträgt. Nahrungsmittel und Rohstoffe waren nämlich überall gesucht, an dem Einkauf von Fertigwaren wurde überall gelappt.

Ein Produktionsgebiet, auf welchem der Rückgang der Industrie besonders in die Augen springt, ist die Erzeugung von Eisen und Stahl. In den Vereinigten Staaten arbeiten in dem erzeugungsreichsten Monate, Juli 1920, von 435 Hochöfen 293, ein Jahr später aber nur noch 69, bei weitem noch nicht der 6. Teil der vorhandenen, und Dezember 1921 erst wieder 125. In England arbeiteten von 487 Hochöfen ebenfalls im Juli 1920 303, ein Jahr später unter dem Einfluße des Bergarbeiterausstandes gar nur 12, im Oktober 1921 wieder 82 und Dezember 90, also noch lange nicht der 5. Teil; der Bergarbeiterausstand war aber durchaus nicht allein schuldig an diesem Darniederliegen der Hochofenarbeit, denn in den drei Monaten vor seinem Beginn hatte sich die Zahl der arbeitenden Hochöfen von 292 auf 109 vermindert. In Frankreich und Belgien trat die starke Abnahme etwas später ein; Frankreich hatte im Januar 1920 63, Januar 1921 93 Hochöfen von 220 vorhandenen im Betriebe, deren Zahl bis Oktober 1921 auf 51, also auf weniger als ein Viertel fiel, am dann wieder langsam zu steigen. Belgien hatte im Januar 1920 12, im Dezember 27, also die Hälfte seiner 54 Hochöfen im Betriebe, deren Zahl bis Oktober 1921 auf 11, also auf kaum mehr als den 5. Teil der vorhandenen fiel und dann wieder stieg. Unter den 56 arbeitenden Hochöfen Frankreichs befanden sich im Dezember 1921 24 im ehemaligen Deutsch-Lothringen, von 65 vorhandenen. Gerade auf diese Gebiete zeigt sich auch der Ausfall des deutschen Bedarfs; Deutschland hat Eisenmangel, ist aber infolge seiner Berechnung nicht in der Lage, ihn durch Einfuhr aus dem Auslande zu decken.

Handel und Verkehr.

Zwischen Schwäher.

Berlin, 15. Juli. Der Wechselkurs am Devisenmarkt gestaltete sich sehr spannend. Die Stimmung war anfänglich noch fest, der Dollar, der sich paritätisch auf 45 1/2 stellte, wurde mit 462-466 gehandelt, London mit 2050 bis 2070. Auf größere Abgaben hin lenkte sich das Kursniveau. Der Dollar fiel auf 444-448, London auf 1970 bis 1990, Holland auf 17 200-17 350. Gegen Mittag war der Markt außerordentlich harten Schwankungen unterworfen. Das Geschäft hielt sich demzufolge in ziemlich engen Grenzen. Die Kurse bewegten sich dauernd hin und her. Gegen 1 Uhr handelte man Kabel mit 441-445, London mit 1960-1980,

Paris mit 3625-3675, Prag mit 985-1000, Holland mit 17 150-17 300.

Erhöhung der Reichsbanknoten und Kontingente.

Die finanzielle Lage der Reichsbank hat sich in ungenügend gehalten, daß ihr Fortbestand ernstlich gefährdet ist. In Erwägung des volkswirtschaftlichen Nutzens jener Banken soll daher, wie der „Dena“ aus parlamentarischen Kreisen geschrieben wird, eine abermalige Erhöhung ihrer Feuerfeste Notenkontingente erfolgen, um die Banken in hand zu setzen, einerseits den Kreditanforderungen zu genügen und andererseits ihre Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen. Die Erhöhung der Notenausgabe wird von zuständiger Seite im Hinblick auf die Höhe der schwebenden Schuld für unbedenklich erachtet, zumal als Gegenpart für die auszugebenden Noten in der Hauptsache reale Unterlagen, insbesondere Warenwechsel, in Frage kommen.

Demgemäß wird durch einen dem Reichsrat zugegangenen Gesetzentwurf den Reichsbanknotenkontingente der ungedeckte Notenausgabe, wie folgt, umgesetzt: Für die Bayerische Notenbank 400 Millionen, Sächsische Bank 220 Millionen, Württembergische Bank 180 und Badische Bank 130 Millionen. Entsprechend der Erhöhung des Feuerfesten Kontingents soll auch die Summe der überhaupt ohne besondere reichsgerichtliche Ermächtigung auszugebender Noten sich erhöhen. Hierdurch wird es den Landesregierungen möglich sein, innerhalb der Höchstgrenzen weitere Banknoten auszugeben. Längstens vom 1. Januar 1926 ab sollen die Verhältnisse nachgeprüft werden. Doch wird in Aussicht genommen, schon vorher die Notenbezüge herabzusetzen, falls die Reichsbank ihren Diskontsatz erhöht und damit auch den Reichsbanknotenbanken erhöhte Einnahmen zufließen.

Die Befristung des freien Verfügungsrechtes über die Goldbestände soll nicht geändert werden.

Berliner Viehmarkt am 13. Juli.

Amstliche Bericht. Auftrieb: 2510 Rinder, 986 Kälber, 7862 Schafe, 4614 Schweine, 38 Fiegen. Preise für 100 Fund Lebendgewicht: Ochsen 2600-3500 Mark, Bullen 2600 bis 3500 Mark, Kühe 1600-3500 Mark, Kälber 2800 bis 4400 Mark, Schafe 1400-3800 Mark, Schweine 5500 bis 6800 Mark, Fiegen 2100-2200 Mark. Der Handel verlief in allen Gattungen glatt.

Berliner Fettmarkt vom 13. Juli.

Butter: Die Nachfrage ist schwächer geworden, jedoch nehmen auch die Zufuhren immer mehr ab, so daß die meisten untergebracht werden konnten. Die heutige amtliche Notierung ist pro Fund in Qualität 90 Mark, IIa Qualität 82-86 Mark.

Margarin: Die Fabriken ermöglichen die Preise um 14 Mark pro Fund und sind die meisten 51-62 Mark je nach Qualität.

Schmalz: Beeinflusst durch die Abschwächung der Devisen war der Schmalzmarkt sehr spannend bei rückgängigen Preisen. Die Kaufnachfrage hat zwar etwas nachgelassen, ist aber immer noch trotz der hohen Preise lebhafter wie vor einigen Monaten. Die amerikanischen Produktionsüberschüsse werden allmählich unverändert. Die heutigen Notierungen sind: Gutes Weizen 69 Mark, Rute Weizen in Breiten 72 Mark, Rute in kleineren Packungen 73,50 Mark, Berliner Braten-schmalz 74 Mark.

Eiweiß: Gute Nachfrage. Gelegentlich amerikanischer Rüdenbedarf notiert 70-76 Mark, je nach Größe.

